

**Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	25.07.12

---

**Niederschrift über die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, dem 13.06.00**

Anwesend unter dem Vorsitz von Herrn Stv. Kühme waren

**die stimmberechtigten Mitglieder**

**von der CDU**

Frau Stv. Hetfleisch  
Herr Stv. Geisendörfer  
Herr Gerlach

**von der SPD**

Frau Stv. Güster  
Herr Engelhard  
Herr Michaelis  
Herr Stv. Ramette

**von der F.D.P.**

Frau Panetta-Jung

**vom Caritasverband**

Herr Arens

**vom Diakonischen Werk Barmen**

Frau Pfr. Schäning

**von der Arbeiterwohlfahrt**

Frau Dudda-Dillbohner

**die beratenden Mitglieder**

Frau Bill (Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)  
Frau Kogan (Jüdische Kultusgem.)  
Frau Reichert (Schulen)  
Frau Richling (sachkundige Bürgerin)  
Herr Bahr (DPWV)  
Herr Fliege (DRK)  
Herr Keip (Kath. Kirche)  
Herr Kumpf (Evang. Kirche) zeitweise  
Frau Burmeister (Evang. Kirche) zeitweise  
Herr Peksert (Ausländerbeirat)  
Herr Beig. Jüchter  
Herr Lenz (R. Jugendamt & Soz. Dienste)

**Vertreter/innen des Bezirksjugendräte**

Jessica Naumann  
Lara Peter  
Peter Kortas

**von der Verwaltung**

Frau Krentz (R. 201.0)  
Frau Schmidt (R. 201 - Jugendhilfepl.)  
Herr Weidenbruch (SB 202)  
Herr Mast-Weisz (SB 208)  
Herr Krieg (SB 208)  
Frau Schulte (SB 208)  
Frau Bocklage (Gleichstellungsstelle)  
Herr Stein (Ausländerbeauftragter)

**von der Presse**

Frau Roßkothen (Westdeutsche Zeitung)  
Herr Behr (Westdeutscher Rundfunk)

## vom Jugendring

Frau Gallenkamp  
Herr Schmalenbeck (bis 19.28 Uhr, TOP 1)  
Herr Schwarz

**Sitzungsort:** Rathaus Barmen  
Sitzungsraum Personalkantine

**Sitzungsbeginn:** 17.08 Uhr

**Sitzungsende:** 20.48 Uhr

**Schriftführer:** Herr Korte

**Besucher:** 24

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder. Formgemäß verpflichtet er Frau Gallenkamp, Frau Kogan und Herrn Engelhard, die als stellvertretende Mitglieder für Frau Füssel, Frau Fouxmann bzw. Herrn Mucke erstmals an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnehmen.

**Herr Mast-Weisz** erklärt auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass die Drucksache 6059/00 Strategiekonzept und Wahlordnung für die Wahl der Bezirksjugendräte

von der Verwaltung nicht zurückgezogen wird. Die Verwaltung könne aber noch kein intern abgestimmtes Finanzierungskonzept vorlegen. Insofern habe die Kostenaufstellung auf Seite 3 der Vorlage keine Gültigkeit.

Soweit den Bezirksjugendräten **Jessika Naumann** und **Peter Kortas** das Wort erteilt wird, gilt die Sitzung als unterbrochen.

### 1.1 (ursprünglich TOP 1.2)

#### Haushaltsplan-Entwurf 2000/2001 einschl. Anträge freier Träger

Es besteht Einvernehmen, nur über die Haushaltsstellen zu beraten, bei denen Änderungen gegenüber dem Verwaltungsvorschlag vorgenommen werden sollen.

Der **Vorsitzende** betont, dass im Grunde genommen nur über die vorliegenden Anträge beraten werden müsste.

#### Verwaltungshaushalt

##### Unterabschnitt 4510

**Herr Gerlach** beantragt für seine Fraktion einen Sperrvermerk und eine Kürzung der Projektmittel für aktuelle Handlungsbedarfe um jeweils 31.400 DM für beide Haushaltsjahre. Nach Auffassung von Herrn Gerlach ist nicht klar erkennbar, welche Maßnahmen aus dieser Haushaltsstelle im Einzelnen finanziert werden.

**Herr Mast-Weisz** erinnert an den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vor etwa 2 ½ Jahren. Der Ausschuss habe sich damals für die Bereitstellung der Mittel eingesetzt, damit wie in den Quartieren Dasnöckel, Gustav-Heinemann-Straße oder Carl-Schurz-Straße schnell mit geeigneten Angeboten auf auffällig gewordene Jugendliche eingewirkt werden kann. Eine Kürzung um fast ein Drittel bedeute auch entsprechend weniger Möglichkeiten, auf Probleme zu reagieren.

**Herr Gerlach** vertritt die Ansicht, dass einige Angebote auch in das Managementprogramm des Stadtbetriebs eingestellt werden können.

**Frau Bill** spricht sich gegen eine Kürzung der Mittel aus. Im Hinblick auf die bemängelte Transparenz könne der Ansatz zugunsten des Jugendhilfeausschusses gesperrt werden. Die Verwaltung sei dann gehalten, die von ihr vorgesehenen Maßnahmen dem Ausschuss zur Zustimmung vorzulegen.

**Herr Jüchter** weist darauf hin, dass über das Managementprogramm die zur Kürzung vorgesehenen Mittel nicht ersetzt werden können.

**Frau Güster** hält die Projektmittel für sehr wichtig, um auf soziale Brennpunkte schnell reagieren zu können. Über die von der Verwaltung vorgesehenen Maßnahmen sei der Ausschuss in der Vergangenheit informiert worden.

**Herr Gerlach** betont, dass seine Fraktion nicht beabsichtigt, die Mittel für Kinder und Jugendliche zu kürzen, sondern insgesamt mehr ausgeben will. Wo die Möglichkeit bestehe, müsse jedoch umgeschichtet werden.

**Herr Schmalenbeck** bedauert eine eventuelle Kürzung der Mittel. Neue soziale Brennpunkte ließen sich nicht immer sofort erkennen.

4510-582.0000.2 Projektmittel für aktuelle Handlungsbedarfe

./. 31.400 DM (2000)    ./ . 31.400 DM (2001)    Sperrvermerk zugunsten des Jugendhilfeausschusses für die restlichen Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 80.000 DM

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

**Frau Güster** beantragt für ihre Fraktion eine Erhöhung der Zuschüsse um jeweils 3 % bei folgenden Haushaltsstellen:

4510-717.0000.4 Zuschüsse an Jugendorganisationen

+ 6.000 DM (2000)                    + 6.000 (2001)                    Entwurf: jeweils 197.800 DM für beide Jahre

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Frau Gallenkamp, Herr Schmalenbeck und Herr Schwarz haben an der Beratung und Abstimmung gemäß § 31 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW nicht teilgenommen.

4510-717.0100.2 Für bildungspolitische Maßnahmen an Ring Politischer Jugend

+ 500 DM (2000)                    + 500 DM (2001)                    Entwurf: jeweils 18.000 DM für beide Jahre

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit

**Frau Güster** und **Herr Gerlach** beantragen für ihre Fraktionen eine Erhöhung des Zuschusses an den Stadtjugendring um jeweils 3 % (+ 2.300 DM), Frau Güster zusätzlich um weitere 6.400 DM (+ 8.700 DM) für die Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der **Vorsitzende** lässt zuerst über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

4510-717.0300.8 An den Stadtjugendring                    Entwurf: jeweils 76.300 DM für beide Jahre

jeweils + 8.700 DM (2000 + 2001)    Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

jeweils + 2.300 DM (2000 + 2001)    Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Frau Gallenkamp, Herr Schmalenbeck und Herr Schwarz haben an der Beratung und Abstimmung gemäß § 31 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW nicht teilgenommen.

**Herr Gerlach** beantragt für seine Fraktion, die Zuschüsse für die Sportjugend um 1.000 DM und für Jugendfahrten um 3 % zu erhöhen.

4510-717.0400.6 Betriebskostenzuschuss an Sportjugend

+ 1.000 (2000) + 1.000 DM (2001) Entwurf: jeweils 15.000 DM für beide Jahre

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit

4510-763.0000.8 Zuschüsse für Jugendfahrten, Jugendwanderungen usw.

+ 8.200 (2000) + 8.200 DM (2001) Entwurf: jeweils 273.500 DM für beide Jahre

**Herr Mast-Weisz** antwortet auf eine Frage von **Frau Güster**. Die im vergangenen Jahr zur Verfügung stehenden Mittel habe man nicht in voller Höhe ausgeschöpft. Mit einer Anhebung des Ansatzes könne eine Erhöhung der Teilnehmerbeiträge vermieden werden.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

#### Unterabschnitt 4521

**Herr Gerlach** beantragt für seine Fraktion, die im Haushaltsplan-Entwurf beim Unterabschnitt 4521 ausgewiesenen Mittel bis auf die Ausgaben für den Kinder- und Jugendschutz zu kürzen.

4521-764.0000.3 Medienprojekt

./. 15.000 DM (2000) ./ . 22.500 DM (2001) Entwurf: jeweils 45.000 DM für beide Jahre

Nach Auffassung von **Herrn Schwarz** ist das Medienprojekt bisher ein großer Erfolg gewesen. Bevor gekürzt werde, müsse deshalb eine gründliche Diskussion stattfinden.

**Herr Gerlach** betont, dass seine Fraktion das Medienprojekt weiterhin unterstützt, obwohl ihr einige Filme in Vergangenheit politisch höchst zweifelhaft erschienen sind. Das Medienprojekt könne sich aber zum Teil über eigene Einnahmen selbst finanzieren.

Auch **Herrn Mast-Weisz** gefallen nicht alle Ergebnisse des Medienprojektes. In einer Demokratie müssten aber auch Dinge ertragen werden, denen man nicht zustimmen könne. Alle erwirtschafteten Einnahmen verblieben im Medienprojekt, ohne die viele Projekte gar nicht möglich seien.

**Frau Bill** kann verstehen, dass einzelne Filme auf Kritik stoßen. Viele Menschen in der Stadt würden die beabsichtigte Kürzung aber als Zensur nach dem Motto „Ihr bekommt weniger Geld, weil ihr was macht, was uns nicht gefällt“, empfinden.

**Herr Jüchter** spricht sich mit Nachdruck gegen eine Mittelkürzung aus. Das Projekt genieße überregionale Anerkennung bis hin zur Bundesregierung, weil die beteiligten Jugendlichen frei in ihrer Darstellung seien.

Der **Vorsitzende** bekräftigt, dass die Existenz des Medienprojektes nicht in Frage gestellt wird.

**Frau Bocklage** weist auf den geschlechtsspezifischen Aspekt hin. Das Medienprojekt stelle gerade für Mädchen ein wichtiges Ausdrucksforum dar.

**Frau Güster** sieht das Medienprojekt als eine wichtige Bildungsmaßnahme an. Jugendlichen würde die Möglichkeiten geboten, sich über das Medium Film auszudrücken. Man komme jetzt nicht an einer Antwort auf die Frage vorbei, ob man die Jugend zu kritischen oder angepassten Bürgerinnen und Bürgern erziehen wolle.

**Herr Gerlach** fühlt sich missverstanden. Er habe kein Projekt kritisiert. Es müsse aber gestattet sein, eine andere Meinung zu äußern. Die von seiner Fraktion beabsichtigte Kürzung falle im Hinblick auf die Einnahmen nicht besonders ins Gewicht.

**Herr Kumpf** beurteilt das Medienprojekt positiv. Die in den einzelnen Projekten tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten bei einer Mittelkürzung das Interesse an ihrer Arbeit verlieren.

**Frau Bill** sieht den Antrag der CDU-Fraktion als ein „Plattmachen“ auf Raten an. Unabhängig von den Einnahmen müsse die finanzielle Basis des Projektes gesichert bleiben. Ständig würden mühsame Versuche unternommen, das Image der Stadt zu verbessern. Hier sei es gelungen.

Für **Herrn Schwarz** dokumentiert eine Mittelkürzung die Wertigkeit, die dem Medienprojekt von der Politik beigemessen wird.

**Herr Jüchter** betont noch einmal, dass die Weiterführung des Projektes bei einer Kürzung der bisher zur Verfügung stehenden Mittel gefährdet ist. Die Jugendlichen müssten auch weiterhin ihre Themen selbst bestimmen können, wenn das Projekt erfolgreich bleiben solle.

**Herr Mast-Weisz** weist darauf hin, dass im Vertrauen auf den bisherigen Haushaltsansatz bereits viele Aufträge erteilt worden sind und auf Rücklagen nicht zurückgegriffen werden kann.

Der **Vorsitzende** unterbricht die Sitzung auf Antrag von **Herrn Arens** für interne Beratungen.

Sitzungspause von 18.14 - 18.25 Uhr

**Herr Schwarz** beantragt:

1. Die im Haushaltsplan-Entwurf für beide Haushaltsjahre veranschlagten Mittel in Höhe von jeweils 45.000 DM bleiben in voller Höhe erhalten.
2. Ein Teilbetrag von 15.000 DM (2000) bzw. 22.500 DM (2001) wird zugunsten des Jugendhilfeausschusses gesperrt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Medienprojekt in der ersten Sitzung nach der Sommerpause im Ausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit

**Herr Mast-Weisz** sagt zu, über die im Rahmen des Medienprojektes geleistete Arbeit in der kommenden Sitzung ausführlich zu berichten.

4521-765.0000.0 Durchführung von Projekten

./ 5.000 DM (2000)    ./ 7.900 DM (2001)    Entwurf: jeweils 15.000 DM für beide Jahre

Für **Frau Bill** bedeutet der Antrag, erfolgreiche Jugendarbeit einzuschränken. Schwerwiegende Argumente, die für eine Kürzung sprechen könnten, ließen sich nicht erkennen.

Nach Auffassung von **Frau Güster** ist es nicht sinnvoll, bei verschiedenen Haushaltsstellen kleinere Beträge zu streichen, um damit andere aufzustocken.

**Herr Gerlach** bekräftigt, dass seine Fraktion die Schwerpunkte in der Jugendarbeit anders sieht.

**Herr Mast-Weisz** bestätigt auf Nachfrage von **Frau Richling**, dass das Angebot für Jugendliche auf dem Berliner Platz bei einer Mittelkürzung gefährdet ist. Herr Mast-Weisz setzt sich mit Nachdruck für den ungeschmälernten Erhalt der Mittel ein. Gerade für Neubaugebiete ohne ausreichende Infrastruktur seien Angebote wie beispielsweise die mobile Fun-Box sehr wichtig.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

4521-766.0000.8 Veranstaltungen

./. 5.000 DM (2000)    ./ . 7.900 DM (2001)    Entwurf: jeweils 15.800 DM für beide Jahre

**Herr Mast-Weisz** betont, dass bei einer Kürzung der Mittel beispielsweise das bei den Kindern sehr beliebte Zirkus-Ferienprojekt auf dem Carnaper Platz gefährdet ist.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

#### Unterabschnitt 4580

**Herr Gerlach** beantragt für seine Fraktion eine Erhöhung der Zuschüsse an die Arbeiterwohlfahrt, den Caritasverband und das Diakonische Werk Elberfeld. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 30.000 DM an den Caritasverband und das Diakonische Werk Elberfeld sind für die Erziehungsberatungsstellen der beiden Verbände bestimmt.

4580-717.0000.9 Zuschuss an die Arbeiterwohlfahrt

+ 10.000 DM (2000)    + 10.000 DM (2001)    Entwurf: 1.402.000 DM (2000)  
1.436.400 DM (2001)

4580-717.0200.5 Zuschuss an den Caritasverband

+ 30.000 DM (2000)    + 30.000 DM (2001)    Entwurf: 1.770.100 DM (2000)  
1.816.100 DM (2001)

4580-717.0400.1 Zuschuss an das Diakonische Werk Elberfeld

+ 30.000 DM (2000)    + 30.000 DM (2001)    Entwurf: 2.424.900 DM (2000)  
2.481.400 DM (2001)

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit bei einigen Stimmenthaltungen

#### Unterabschnitt 4600

**Herr Gerlach** sieht es als gerechtfertigt an, den Betriebskostenzuschuss an das Nachbarschaftsheim für die Jugendeinrichtung Gathe während der Umbauphase zu kürzen.

4600-717.0100.3 An das Nachbarschaftsheim für die Jugendeinrichtung Gathe

./. 77.900 DM (2000)    Entwurf: für beide Jahre jeweils 389.500 DM

Auf Nachfrage von **Herrn Gerlach** bestätigt **Herr Mast-Weisz**, dass die Stadt mit dem Nachbarschaftsheim einen Vertrag über die Nutzung des Gebäudes Gathe abgeschlossen hat.

Der **Vorsitzende** unterbricht die Sitzung, um **Herrn Heiß** als Vertreter des Nachbarschaftsheim die Möglichkeit einzuräumen, sich zu dem Kürzungsantrag zu äußern.

Sitzungsunterbrechung von 18.42 - 18.44 Uhr

**Herr Heiß** betont, dass der in weiten Teilen der Öffentlichkeit entstandene Eindruck falsch ist. Das Programm werde während der Umbauphase nicht eingeschränkt. Die 22 Vereine, die das Gebäude nutzten, könnten auf andere Einrichtungen ausweichen. Der Umzug sei für Mitte September geplant. Bei einer Mittelkürzung lasse es sich nicht vermeiden, einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu kündigen.

**Frau Bill** sieht das vom Jugendhilfeausschuss aufgestellte Prinzip, die Planungssicherheit für die freien Träger zu gewährleisten, durchbrochen. Mitte des Jahres dürften keine Mittel mehr gekürzt werden.

Der **Vorsitzende** und **Herr Gerlach** bekräftigen, die Planungssicherheit für die freien Träger nicht in Frage stellen zu wollen.

**Herr Bahr** bedauert, das Papier mit den von der CDU-Fraktion beabsichtigten Veränderungen des Haushaltsplan-Entwurfes erst am vergangenen Freitag erhalten zu haben. Viele Fragen hätten sonst bereits im Vorfeld geklärt werden können.

**Herr Gerlach** beantragt, den Ansatz für 2000 nicht zu kürzen, sondern einen Teilbetrag in Höhe von 77.900 DM mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Nach Auffassung von **Frau Güster** ist ein Sperrvermerk nicht sinnvoll.

4600-717.0100.3 An das Nachbarschaftsheim für die Jugendeinrichtung Gathe

Sperrung von 77.900 DM zugunsten des Jugendhilfeausschusses

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

**Frau Bill** verweist auf den Antrag ihrer Fraktion zur Aufstockung der Mittel für die Bezirksjugendräte (Punkt 3 der Drs.-Nr. 6055/00).

4600-580.0000.7 Für die Einrichtung von Bezirksjugendräten

+ 10.000 DM (2000)      + 10.000 DM (2001)      Entwurf: für beide Jahre jeweils 36.000 DM

Nach Auffassung von Bezirksjugendrat **Peter Kortas** können die in diesem Jahr vorgesehenen Neuwahlen für die Bezirksjugendräte mit den zusätzlich beantragten 10.000 DM nicht finanziert werden.

**Herr Mast-Weisz** teilt mit, dass die jetzt veranschlagten 36.000 DM im Wesentlichen für die Begleitung der Arbeit der Bezirksjugendräte benötigt werden. Im Hinblick auf die geringe Wahlbeteiligung sei am Verfahren zur ersten Wahl der Bezirksjugendräte Kritik geübt worden. Man beabsichtige deshalb, mittels Wahlbenachrichtigungen und Plakate intensiv für die Wahl zu werben.

**Frau Bill** betont, dass der Antrag ihrer Fraktion sich nur auf die laufende Arbeit der Bezirksjugendräte bezieht.

**Frau Güster** sieht sich außerstande, dem Antrag von Frau Bill ohne vorherige Beratung in ihrer Fraktion zuzustimmen. Ihre Fraktion sei bereit, für die Wahl der Bezirksjugendräte in diesem Jahr zusätzlich 10.000 DM in den Haushaltsplan einstellen.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

**Frau Güster** beantragt für ihre Fraktion die Erhöhung der Ansätze bei folgenden Haushaltsstellen:

4600-414.0000.9 Angestelltenvergütung

+ 20.000 DM (2000)      + 75.000 DM (2001)      für Beschäftigung einer Expertin für Mädchenarbeit

**Herr Mast-Weisz** antwortet auf eine Frage von **Herrn Schwarz**. Es treffe zu, dass im Stadtbetrieb Jugend und Freizeit eine Referentin für Mädchenarbeit mit 30 Stunden pro Woche tätig sei. Im Gegenzug habe jedoch die Arbeit in anderen Bereichen eingeschränkt werden müssen.

Der **Vorsitzende** sieht ohne vorherige Rückkoppelung mit seiner Fraktion keine Möglichkeit, dem Antrag in der heutigen Sitzung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

4600-417.0100.0 Honorarkosten für das Streetwork-Projekt

+ 20.000 DM (2000) + 20.000 DM (2001) Entwurf: für beide Jahre jeweils 40.000 DM  
für die Fortsetzung und den Ausbau der Arbeit des Cafés Streetlife

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

4600-543.0000.5 Betriebskosten Jugendtreff Arrenberg

+ 50.000 DM (2000) + 50.000 DM (2001) Entwurf: für beide Jahre jeweils 40.000 DM

Nach Auffassung von **Frau Güster** muss die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier Arrenberg ausgeweitet werden, da es sich um einen sozialen Brennpunkt handelt.

**Herr Mast-Weisz** ergänzt, dass die Bezirksvertretung Elberfeld-West eine zusätzliche halbe Stelle gefordert hat.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

4600-717.0000.5 Für Einrichtungen der ganz- bzw. teiloffenen Tür

+ 21.000 DM (2000) + 21.000 DM (2001) Entwurf: für beide Jahre jeweils 712.000 DM

**Herr Gerlach** weist darauf hin, dass auch seine Fraktion eine Erhöhung des Ansatzes vorgesehen hat (jeweils 20.000 DM für beide Haushaltsjahre).

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

4600-717.0500.4 An AWO für Freizeitangebote zur Integration ausländischer Kinder, Jugendlicher

+ 6.300 DM (2000) + 6.300 DM (2001)

**Herr Gerlach** verzichtet für seine Fraktion auf den ursprünglich vorgesehenen Sperrvermerk.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

4600-717.0700.0 Wuppertaler Puppenspiele

+ 250 DM (2000) + 250 DM (2001) Entwurf: für beide Jahre jeweils 7.000 DM

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit

4600-neu Intensivierung der Jugendarbeit in der Gustav-Heinemann-Str.

+ 50.000 DM (2000) + 50.000 DM (2001)

**Herr Schwarz** weist darauf hin, dass über die Mittel für Einrichtungen der ganz- bzw. ganzoffenen Tür bereits abgestimmt worden ist.

**Herr Mast-Weisz** sieht es als richtig an, über neue Maßnahmen getrennt zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

4600-neu Intensivierung der Jugendarbeit in der Hugelstr.

+ 20.000 DM (2000) + 20.000 DM (2001)

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

4600-neu Arbeit im Jugendhaus Handelerstr.

+ 50.000 DM (2000) + 50.000 DM (2001)

**Herr Ramette** erinnert daran, dass es bisher in Cronenberg noch keine Jugendeinrichtung gibt.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

4600- Verbesserung der Jugendarbeit im Quartier Rehsiepen durch die Einrichtung von zusätzlichen 1 1/2 Stellen in der städt. Jugendeinrichtung Scheidtstr.

Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt

**Herr Gerlach** beantragt für seine Fraktion, im Unterabschnitt 4600 eine Haushaltsstelle „**Zuschuss für Ausbildung Ehrenamt**“ mit einem Ansatz von 10.000 DM (2000) bzw. 20.000 DM (2001) einzurichten. Die Mittel sollten für die Ausbildung der Jugendgruppenleiter/innen verwendet werden. Der Jugendring habe diese Aufgabe seinerzeit von der Stadt übernommen.

**Herr Kumpf** möchte in diesem Zusammenhang wissen, welche freien Träger in den letzten drei Jahren wie viele Jugendgruppenleiter/innen ausgebildet haben bzw. wie viele Jugendgruppenleiter-Ausweise in diesem Zeitraum ausgestellt wurden. Nach seiner Auffassung müsste es mehr ausgebildete Jugendleiter geben, als nach der Anzahl der ausgestellten Ausweise erkennbar ist.

**Herr Schmalenbeck** erläutert die Gründe für den Antrag. Um Finanzierungslücken bei der Jugendleiterausbildung in kleineren Verbänden zu schließen, würden etwa 5.000 bis 7.000 DM benötigt.

**Herr Schwarz** ergänzt, dass künftig über die Grundausbildung hinaus auch ein Aufbaukursus angeboten werden soll. Er bittet, in die Bezeichnung der neuen Haushaltsstelle den Jugendring als Zuschussempfänger mit aufzunehmen.

Der **Vorsitzende** unterbricht die Sitzung, um **Herrn Regnieri** die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zu geben. Herr Regnieri vertritt einen freien Träger, der selbst Jugendgruppenleiter/innen ausbildet.

Sitzungsunterbrechung von 18.19 - 18.20 Uhr

**Herr Regnieri** geht davon aus, dass die Jugendgruppenleiter-Ausweise vielfach nicht beantragt werden, weil sie nach seiner Auffassung für die Inhaber keine nennenswerten Vorteile bringen.

**Frau Bill** schlägt vor, die neue Haushaltsstelle mit einem Sperrvermerk zu versehen.

**Frau Richling** setzt sich dafür ein, die Attraktivität des Jugendgruppenleiter-Ausweises zu verbessern.

**Herr Gerlach** hat keine Bedenken gegen einen Sperrvermerk. Die beantragten Beträge beruhen nicht auf exakten Berechnungen.

Abstimmungsergebnis: + 10.000 DM (2000) + 20.000 DM (2001) mit Sperrvermerk zugunsten des Jugendhilfeausschusses

Einstimmigkeit

**Herr Mast-Weisz** sagt zu, zur nächsten Sitzung die gewünschten Informationen vorzulegen und Vorschläge für eine größere Attraktivität der Ausweise auszuarbeiten.

**Frau Güster** und **Herr Gerlach** beantragen für ihre Fraktionen übereinstimmend eine Erhöhung des Ansatzes für das Kinder- und Jugendtheater um jeweils 40.000 DM. Sie begründen ihren Antrag mit der im Beirat des Theaters dargelegten hohen Betriebskostensteigerung.

4600-717.0800.8 Wuppertaler Kinder- und Jugendtheater e.V.

+ 40.000 DM (2000) + 40.000 DM (2001) Entwurf: für beide Jahre jeweils 140.000 DM

Einstimmigkeit

#### Unterabschnitt 4640

#### **Haushaltswirksame Veränderungen im Bereich „Tageseinrichtungen für Kinder“**

**Drs.-Nr. 6060/00**

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei allen Beteiligten für die konstruktive Mitarbeit bei den Gesprächen zur Rückzahlung der Rücklagen.

**Herr Bahr** vertritt die Auffassung, dass es gelungen ist, einen guten Kompromiss zu finden. Die Ansatzveränderung um ./ 400.000 DM bei der Einnahmeposition für die Rückzahlung der Zuschüsse (Haushaltsstelle 4640-177.0200.0) ist seiner Meinung nach jedoch nicht richtig berechnet worden.

**Herr Schwarz** äußert Bedenken. Er befürchtet, dass der Kompromiss zu Lasten anderer Aufgaben aus dem Bereich Jugendhilfe geht.

**Frau Weidenbruch** betont, dass die Rücklagen nur im Sinne der Kinder verwendet werden dürfen. Mit der jetzt gefundenen Regelung sei es gelungen, Mieter und Eigentümer gleichzustellen. Für Sanierungs- und Sofortmaßnahmen im Kindergartenbereich würden die Ausgaben im Gegenzug gekürzt.

#### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.06.00

1. Der nachstehende Bericht über das „Kompromiss-Gespräch“ zur Rückzahlung von Rücklagen nach der Betriebskostenverordnung wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die Planung von Kindergärten in unterversorgten Stadtbezirken sollen in den Jahren 2000 und 2001 insgesamt 500.000 DM bereitgestellt werden.
3. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen der Ziffern 1 und 2 sind gemäß Anlage im Rahmen einer Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan-Entwurf 2000/2001 zu berücksichtigen.

Ein förmliches Abstimmungsverfahren hat nicht stattgefunden.

Haushaltsmäßige Auswirkungen gemäß Ziffern 1 und 2:

Haushaltsjahr		2000	2001
<u>Haushaltsstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Veränderung/DM</u>	
<u>Verwaltungshaushalt</u>			
4640-177.0200.0	Rückzahlung von Zuschüssen	-----	(-) 400.000
9020-832.0000.3	Landschaftsumlage	(-) 400.000	-----
<u>Vermögenshaushalt</u>			
4640-361.0373.5	Vom Land für Sanierungsmaßnahmen in Einrichtungen freier Träger	(-) 150.000	(-) 200.000
4640-987.0975.9	Für Sanierungsmaßnahmen in Einrichtungen freier Träger	(-) 300.000	(-) 400.000
4640-940.0326.4	Für Sofortmaßnahmen im Kindergarten-	(-) 100.000	(-) 50.000
4640-neu	Für die Planung von Kindertagesstätten	(+) 250.000	(+) 250.000

**Frau Güster** verweist auf den Antrag ihrer Fraktion zur Schaffung von jeweils 300 Kindergarten- und Hortplätzen (Drs.-Nr. 6052/00 zur Sitzung am 16.05.00).

Sie beantragt (vergleiche auch UA 4640 – Vermögenshaushalt):

4640-717.0000.7 An Organisationen für Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen

+ 250.000 DM Betriebskosten/ + 110.000 DM für die Umwandlung von Kindergartenplätze in Hortplätze = 360.000 DM (2001)

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

#### Vermögenshaushalt

Anträge von **Frau Güster** und **Frau Bill** (vgl. auch Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Nr. 1 der Drs.-Nr. 6055/00)

4600-951.0663.5 Anlage, Ausbau und Grundüberholung von Kinderspielplätzen

+ 100.000 DM (2000) + 100.000 DM (2001) Entwurf: jeweils 1,5 Mio. DM für beide Jahre

Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt

Anträge von **Frau Güster** für die Schaffung zusätzlicher Kindergarten- und Hortplätze:

UA 4640 Neubau der Tageseinrichtung für Kinder Oberheidter Str.

Ersatzbau für die Tageseinrichtung für Kinder Schenkstr.

Vorziehen der beiden Bauvorhaben um jeweils 1 Jahr (Oberheidter Straße auf das Jahr 2000, Schenkstr. auf das Jahr 2001).

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit

Der **Vorsitzende** verweist in diesem Zusammenhang auf ein allen Ausschussmitgliedern vorliegendes Schreiben, in dem auf die Hortproblematik in Ronsdorf und die bauliche Situation in der Tageseinrichtung für Kinder Schenkstraße aufmerksam gemacht wird.

4640-987.0970.0 Zuschuss für Kindergärten der Träger der freien Jugendhilfe

+ 1.400.000 DM (2000) + 1.400.000 DM (2001) Entwurf: für beide Jahre jeweils 0 DM

**Frau Güster** geht bei einer Veranschlagung dieses Zuschusses von Mehreinnahmen in Höhe von 560.000 DM bei der Haushaltsstelle 4640-361.0371.9 „Vom Land für Investitionsmaßnahmen freier Träger“ aus.

**Frau Bill** zieht daraufhin den Antrag ihrer Fraktion in diesem Punkt zurück (Nr 2 der Drs.-Nr. 6055/00)

Abstimmungsergebnis: Einstimmigkeit bei einigen Enthaltungen

Antrag von **Herrn Gerlach**: 4600-987.0971.6 Zuschüsse für nichtstädtische Jugendheime

+ 35.000 DM (2000) + 35.000 DM (2001) Entwurf: jeweils 115.000 DM für beide Jahre

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

## 1.2 (ursprünglich TOP 1.1)

**Geschäfts- und Managementprogramme des Ressorts 201 sowie der  
der Stadtbetriebe 202, 207 und 208** Drs-Nr. 6050/00

**Frau Bill** schlägt wegen der fortgeschrittenen Zeit vor, die Geschäfts- und Managementprogramme nur als eingebracht zu betrachten und die Beratung auf die erste Sitzung nach der Sommerpause zu verschieben.

**Herr Lenz** weist darauf hin, dass sich die Geschäfts- und Managementprogramme auf die finanziellen Rahmenbedingungen des Ressorts und der Stadtbetriebe auswirken.

**Herr Gerlach** schließt sich der Auffassung von Frau Bill an.

Es besteht Einvernehmen, über die Geschäfts- und Managementprogramme erst in der kommenden Sitzung am 22.08.00 zu beraten.

## 2.

### Anliegen der Bezirksjugendräte

**Peter Kortas** bedauert, dass für die Bezirksjugendräte nicht die Möglichkeit besteht, Anträge an den Jugendhilfeausschuss zu stellen.

Der **Vorsitzende** sieht hier Probleme, da die Bezirksjugendräte noch keine 18 Jahre alt sind und bei der Vorbereitung dieser Sitzung bereits der Wunsch geäußert wurde, die Hauptsatzung entsprechend zu ändern.

**Herr Krieg** geht davon aus, dass der Jugendhilfeausschuss über ein Antragsrecht der Bezirksjugendräte selbst entscheiden kann.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dieser Frage noch einmal befassen wird.

### 3.

#### **Strategiekonzept und Wahlordnung für die Wahl der Bezirksjugendräte Drs.-Nr. 6059/00**

Der **Vorsitzende** weist auf das erst vor der Sitzung ausgelegte Schreiben des Kreisverbandes Wuppertal der Jungen Union Deutschlands mit Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen zum Strategiekonzept und zur Wahlordnung hin.

**Herr Krieg** ist bereit, die Anregungen der Jungen Union bis auf die Forderung nach einer Briefwahlmöglichkeit noch in die endgültige Fassung der Wahlordnung einzuarbeiten. Eine Stimmabgabe durch Briefwahl könne von der Verwaltung wegen der damit verbundenen Kosten von 6.000 DM nicht befürwortet werden.

Um Missverständnisse auszuschließen, solle der § 4 Abs. 1 der Wahlordnung folgende Fassung erhalten:

„Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen, die am 1. Wahltag 13 Jahre alt und noch keine 18 Jahre alt sind.“

**Peter Kortas** erinnert daran, dass die Finanzierung der Wahl noch nicht gesichert ist.

Der **Vorsitzende** bittet die Verwaltung, kurzfristig eine überarbeitete Kostenaufstellung vorzulegen.

#### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.06.00

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Strategiekonzept und die Wahlordnung für die Wahl der Bezirksjugendräte zustimmend zur Kenntnis.

Einstimmigkeit

Bereits zu Beginn der Sitzung hat **Herr Mast-Weisz** für die Verwaltung darauf hingewiesen, dass es zu den Kosten der Wahl noch kein verwaltungsintern abgestimmtes Finanzierungskonzept gibt.

### 4.

#### **Anerkennung des Wuppertaler Vereins zur Förderung des Arbeitskreises Drs.-Nr. 6046/00 Nordstadt e.V. als Träger der freien Jugendhilfe**

**Herr Gerlach** schlägt vor, in der heutigen Sitzung noch keinen Beschluss zu fassen. Auch aus den nachgereichten Unterlagen sei nicht ersichtlich, inwiefern der Verein Jugendarbeit betreibe.

**Herr Mast-Weisz** weist darauf hin, dass es dem Verein nicht darum geht, selbst Jugendarbeit zu leisten. Der Verein wolle vielmehr für die finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit in der Elberfelder Nordstadt durch Spenden und Zuschüsse werben.

**Frau Güster** erinnert daran, dass der Arbeitskreis Nordstadt seinerzeit wegen rechtsextremer Umtriebe gegründet worden ist und schon seit vielen Jahren erfolgreich arbeitet.

**Herr Schwarz** sieht in dem Förderverein eher eine Arbeitsgemeinschaft nach § 78 als einen Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Für **Herrn Mast-Weisz** ist dies mehr eine juristische Frage. Dem Verein gehörten Personen von Institutionen an, die für eine gute Jugendarbeit in der Elberfelder Nordstadt stehen würden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.06.00

Der „Wuppertaler Verein zur Förderung des Arbeitskreises Nordstadt e.V.“ wird gemäß § 75 KJHG als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Einstimmigkeit bei 2 Stimmenthaltungen

**5.**

**Gewährung eines Investitionskostenzuschusses an**

**5.1 den Verein Taka-Tuka-Land e.V. (Mehrkosten Umbau)**

**Drs.-Nr. 6057/00**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.06.00

Dem Verein Taka-Tuka-Land e.V. wird zu den Umbaukosten der Tageseinrichtung für Kinder Am Jagdhaus 19 ein Zuschuss in Höhe von 3.325,- DM gewährt.

Einstimmigkeit

**5.2 die Kirchengemeinde Christ König (Mehrkosten Neubau)**

**Drs.-Nr. 6058/00**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.06.00

Der Kath. Kirchengemeinde Christ König wird zu den Mehrkosten beim Neubau der Tageseinrichtung für Kinder Westfalenweg 20 ein Zuschuss in Höhe von 17.700,- DM gewährt.

Einstimmigkeit

**6.**

**Bericht über die Neuausrichtung des Projektes „Frauen wohnen und lernen“ des Internationalen Bundes für Sozialarbeit**

**Drs.-Nr. 1804/00**

**Herr Lenz** teilt mit, dass sich die CDU- und F.D.P.-Fraktion im Sozial- und Gesundheitsausschuss dafür ausgesprochen hat, den Zuschuss für das Projekt „Frauen wohnen und lernen“ für 2000 und 2001 um jeweils 50.000 DM auf 150.000 DM zu erhöhen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.06.00

Die Neukonzeption des Internationalen Bundes für Sozialarbeit zur Weiterführung des Projektes „Frauen wohnen und lernen“ in der Hofaue wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

**7.**

**Wünsche und Anregungen**

Bezirksjugendrätin **Jessica Naumann** lädt die Ausschussmitglieder ein, sich nach den Sommerferien an einem von den Bezirksjugendräten in Heckinghausen geplanten Fußballspiel zu beteiligen.

Kühme  
Vorsitzender

Ramette  
Mitglied der SPD-Fraktion

Jüchter  
Geschäftsbereichsleiter

Korte  
Schriftführer